



SPD-Kreistagsfraktion , Reeser Landstr. 31, 46483 Wesel

0281/207-2006
spd-fraktion@kreis-wesel.de
Wesel, im Mai 2019/im

**Bericht aus der
SPD-Kreistagsfraktion Wesel
2018/2019**

Kreishaushalt - Finanzen

Seit dem letzten Bericht vor 2 Jahren gilt nach wie vor, dass die Finanzlage der Kommunen bundesweit sehr unterschiedlich ist. Bundesweit konnten die Kommunen 2017 aufgrund der guten Konjunktur einen Haushaltsüberschuss von 10,7 Mrd. € erwirtschaften, was lt. Kommunalreport der Bertelsmann Stiftung insbesondere in den Überschüssen in Bayern und Baden-Württemberg begründet ist. Der Osten Deutschlands ist nach wie vor flächendeckend steuerschwach; die 17 höchstverschuldeten Kommunen aber liegen in NRW und Rheinland-Pfalz. Ohne Landes- und Bundeshilfen werden die hochverschuldeten Kommunen, selbst in dem derzeit positiven wirtschaftlichen Umfeld, einen Abbau der Schulden allein nicht realisieren können.

Der Kreis Wesel ist gut aufgestellt. Der Kreistag hat Anfang April d. J. einen Doppelhaushalt 2019/2020 verabschiedet, womit die kreisangehörigen Kommunen sowie die Vereine und Verbände mehr Planungssicherheit erhalten. Obendrein verringert sich der verwaltungsinterne Aufwand für die Haushaltsaufstellung. Für 2020 stehen in dem Bereich dann lediglich die Änderungsdienste sowie die überplanmäßigen Haushaltspositionen an.

Die Kreisumlage kann in 2019 deutlich um 1,5% auf 37,0% gesenkt werden, nachdem bereits 2018 die Absenkung dieser Umlage 3,4% betragen konnte. Auch heute ist dieses Ergebnis neben der anhaltend guten wirtschaftlichen Lage und den sprudelnden Steuereinnahmen in unserem Land den Haushaltskonsolidierungs-Maßnahmen des Kreises zu verdanken, die anhaltende Wirkungen zeigen. Im Ergebnisplan des Kreises sind für 2019 Aufwendungen von rd. 600 Mio. € veranschlagt; für 2020 rd. 631 Mio. €.

Vor allem die gute Arbeitsmarktsituation hat mit Blick auf die Sozialkosten auf der Ausgabenseite bremsende Wirkung. Z.B. fallen die Kosten der Unterkunft in diesem Jahr um 2,8 und 2020 um 2 Mio. € geringer aus.

Darüber hinaus fällt die LVR-Umlage spürbar geringer aus. Auch der Ansatz für 2020 kann im Kreishaushalt um deutliche 1,5 Mio. € gesenkt werden.

Beruhigend ist, dass der Kreis Wesel wieder Rücklagen bilden kann. In wirtschaftlich schwierigeren Jahren und sinkenden Einnahmen hat der Kreis so die Möglichkeit, auf die Höhe der Kreisumlage Einfluss zu nehmen. So können wir für unsere kreisangehörigen Städte und Gemeinden eine erhöhte Zahllast vermeiden oder abpuffern.

Für eine sozial gerecht ausgerichtete Politik

Die SPD-Kreistagsfraktion hält den Kontakt zu den Vertreter*innen der Wohlfahrtsverbände im Kreis Wesel sowie der AIDS-Hilfe Duisburg-Wesel und weiteren Vereinen und Verbänden und tauscht sich regelmäßig mit ihnen aus. Ebenso war der stv.

Bundsvorsitzende des VdK Gast in unserer Fraktion und hat die künftigen sozialen Belange und Erfordernisse skizziert, die sich aus den stetig wachsenden Beratungen durch den VdK abzeichnen.

Auch im Kreis Wesel wird bezahlbarer Mietwohnraum eine der entscheidenden Sozialfragen; zumal für große Wohnbestände die Mietpreisbindung mittelfristig ausläuft.

Die Wohlfahrtsverbände übernehmen eine Vielzahl von gesetzlichen Pflichtaufgaben, die ansonsten der Kreis selbst erledigen müsste. Die fatalen Kürzungen und das Einfrieren von Zuschüssen im Sozialbereich durch die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP/VWG in dieser Wahlperiode führen dazu, dass den Verbänden von Jahr zu Jahr ein immer höherer Eigenanteil abverlangt wird. Die Einsparungen sind im Verhältnis zum Kreishaushalt marginal. Sie betreffen aber vor allem Leistungen, die für die Menschen wichtig sind, denen es trotz guter Wirtschaftslage nicht gut geht. Gerade in schwierigen Lebenssituationen sind Menschen auf verlässliche Hilfen angewiesen.

Die Dynamisierung der Personalkostenzuschüsse für übertragene Aufgaben an Vereine und Verbände wäre die einzig richtige politische Antwort, wodurch alle Beteiligten Planungssicherheit bekämen.

Bildung - Der Kreis Wesel ist Träger von Berufskollegs und Förderschulen im Kreis Wesel

Bildung ist der Schlüssel zu sozialer Integration. Bildung schafft Chancen. Sie ist der Schlüssel für den Erfolg des Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt. Dafür braucht es gute Voraussetzungen.

Der **Berufskolleg-Campus Moers** ist das bislang größte und bedeutendste Bauprojekt in der Kreisgeschichte. Am 10. April d. J. war die Grundsteinlegung für den künftig gemeinsamen Standort des Berufskollegs für Technik, des Hermann-Gmeiner-Berufskollegs, des Mercator-Berufskollegs und des Fachseminars für Altenpflege.

In den Sommerferien 2021 wird das Berufskolleg für Technik in sein neues Gebäude ziehen; ein Jahr später das Mercator – und das Hermann-Gmeiner-Berufskolleg sowie das Fachseminar.

Mit dieser Investition sichern wir die Bildungs- und damit Zukunftschancen unserer jungen Menschen im Kreis Wesel und stärken den Kreis im Wettbewerb mit anderen Regionen.

Die zwei Standorte des **Berufskollegs in Dinslaken** werden an einem zentralen Standort an der „Wiesenstraße“ zusammengelegt. Damit wird ein Neubau der Vierfach-Sporthalle einhergehen, als Ersatz für die Halle an der Douvermannstraße.

Der Kreis Wesel wird als Schulträger die erheblichen Fördermittel, die zur weiteren Digitalisierung im Bildungssystem zur Verfügung stehen, abrufen und die Schulen zukunftsorientiert ausrichten.

Die SPD will im gesamten Kreis Wesel zukunftsorientierte und gute Lern- und Rahmenbedingungen.

Förderschulen im Kreis Wesel

Die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern im Regelschulsystem hat die Bildungslandschaft nachhaltig verändert. Förderschulen in städtischer Trägerschaft erfüllten in ihrem Zuständigkeitsgebiet aufgrund sinkender Schülerzahlen nicht mehr die Voraussetzungen, den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten.

Bis 2016 war der Kreis ausschließlich Träger der Förderschulen mit dem Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“. Damit im Kreis Wesel die Eltern und Kinder mit besonderem Förderbedarf weiterhin eine echte Wahl haben, ist in enger Zusammenarbeit zwischen kreisangehörigen Kommunen und dem Kreis das Förderschulsystem weiterentwickelt worden.

Mit dem Schuljahr 2016/2017 hat der Kreis die Trägerschaft von Förderschulen mit weiteren Förderschwerpunkten übernommen, um weiterhin ein bedarfsgerechtes, wohnortnahes Angebot im Kreis Wesel sicherzustellen.

Der Kreis Wesel ist seitdem Schulträger der Janusz-Korczak-Schule in Voerde und in Kamp-Lintfort (ehem. Niederrheinschule) mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung/Lernen sowie der Erich-Kästner-Schule mit dem Förderschwerpunkt Sprache, Hören und Kommunikation nun im Verbund mit dem Teilstandort in Moers (ehem. Albert-Schweitzer-Schule).

Für alle Schulen wird ein Angebot zum Offenen Ganztage und der Übermittagsbetreuung gewährleistet.

Die Investitionen in diese Schulstandorte waren richtig und notwendig, um an den Förderschulen des Kreises Wesel gleich gute Lern- und Rahmenbedingungen herzustellen.

Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass die Nachfrage/der Bedarf an einer Beschulung in den Förderschulen zunimmt.

Die Schulsozialarbeit ist und bleibt wichtiger Bestandteil an allen Schulen in der Trägerschaft des Kreises.

Landesförderung der Kommunalen Integrationszentren wird fortgesetzt und ist bis 2022 gesichert

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kommunalen Integrationszentrums leisten in Zusammenarbeit mit den Kommunen vor Ort wichtige Beratungsarbeit zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, und weiterhin insbesondere der hier schutzsuchenden Flüchtlinge. Ein gutes Miteinander gelingt insbesondere dann, wenn die Menschen schnell Anschluss in unserer Bildungs- und Arbeitswelt finden. Dafür brauchen wir die Fachleute, die diese Wege aufzeigen und z. B. Verwaltungen vor Ort oder ehrenamtlichen Flüchtlingshilfen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Es ist unverantwortlich, dass die sog. Kooperation im Kreistag dieses Landesprogramm immer wieder infrage gestellt und blockiert hat. Zumal die über das Kommunale Integrationszentrum eingeworbenen Projektförderungen vor Ort den kreiseigenen Finanzierungsanteil deutlich übersteigen.

Zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit wird sich der Kreis Wesel weiterhin am Landesprogramm KOMM-AN NRW beteiligen (bis 2022).

Mobilität im Kreis Wesel

In 2017 hat der Kreis Wesel einen kostendeckenden Nahverkehrsplan verabschiedet. Die SPD hatte eine Öffnungsklausel durchgesetzt, wodurch die kreisangehörigen Kommunen die Gelegenheit hatten, über noch strittige Verkehrsleistungen nach zu verhandeln, um z. B. engere Taktungen zu ermöglichen.

Straßenbahnlinie 903 (Dinslaken/Duisburg) – SPD setzt auf Solidarität und Ökologie

Für die SPD ist der Fortbestand der Straßenbahnlinie 903 über 2020 hinaus nicht verhandelbar; diese über 100 Jahre bestehende und unverändert stark genutzte Linie muss bleiben. Die Bezirksregierung Düsseldorf stellt in ihrem Erlass vom 21.03.2019 unmissverständlich klar, dass der Straßenbahnlinie 903 eine überregionale Bedeutung zufällt und fortzuführen ist. Die Straßenbahnlinie durch einen kostengünstigeren Busverkehr zu ersetzen, wäre ökologisch nicht verantwortbar.

Die SPD-Fraktion hat sich für die solidarische Finanzierung der Linie durch den Kreis eingesetzt und sich gegen die differenzierte Umlage zulasten Dinslakens ausgesprochen.

Mobilität war auch das Thema einer Fraktionssondersitzung mit einem Vertreter des Verkehrsverbunds Rhein Ruhr im Frühjahr 2018. Die SPD hat im Kreistag dafür gesorgt, die Erarbeitung eines weitreichenden **Mobilitätskonzepts für den Kreis Wesel** auf den Weg zu bringen, was von einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe begleitet wird. Das Konzept wird in 2019 fertiggestellt und zur Beratung und Umsetzung in die Gremien eingebracht.

Die SPD will für den Kreis Wesel eine bedarfsgerechte Angebotsentwicklung bzw. –optimierung von zu Fuß gehen, Radfahren, ÖPNV, Car-Sharing, öffentlichen Fahrradverleihsystemen und anderen Mobilitätsentwicklungen realisieren, um Alternativen zum Autoverkehr in den Städten und Gemeinden zu erreichen.

Dazu gehört auch das Fahrrad als Verkehrsmittel stärker in den Fokus zu stellen. In diesem Zusammenhang steht der im KT einstimmig verabschiedete SPD Antrag „Fahrradwegekonzept“ mit der Forderung, rasch die Weichen für die **Fahrradschnellwege** Duisburg-Moers-Kamp-Lintfort, Oberhausen-Dinslaken und Duisburg-Dinslaken-Voerde-Wesel zu stellen. Dazu soll der Kreis die Voraussetzungen für die Erstellung eines Masterplans sowie die Zusammenarbeit mit den betroffenen Städten und Gemeinden sowie dem Regionalverband Ruhr klären. Teilweise schon bestehende Fahrradhauptverbindungen sowie Radwege sollen ausgebaut und an die Radschnellwege angebunden werden, um das Netz effektiv zu gestalten und sinnvoll zu komplettieren.

Mit dem SPD-Antrag für das **Night-Mover-Modell** soll ein bezahlbares und flexibles Angebot für junge Menschen im Kreis Wesel geschaffen werden, um an Wochenenden und Feiertagen in den Abend- und Nachtstunden sicher nach Hause zu gelangen. Gerade im ländlichen Raum fehlt ein ÖPNV-Angebot, das dort nicht wirtschaftlich vertretbar vorgehalten werden kann. Daher sollen Taxidienste vergünstigt in Anspruch genommen werden können.

Das Konzept hat sich im ähnlich ländlich strukturierten Kreis Kleve seit 2012 erfolgreich etabliert. Das wollen wir auch für unsere jungen Menschen im Kreis Wesel.

Für eine bestmögliche rettungsdienstliche Versorgung im gesamten Kreisgebiet

Der Rettungsdienstbedarfsplan für den Kreis Wesel wird derzeit überarbeitet. Alle Vorschläge dienen der Optimierung einer flächendeckenden rettungsdienstlichen Versorgung innerhalb der vorgesehenen Eintreffzeit von zwölf Minuten.

Der Kreis erstellt diesen Entwurf mit externer Unterstützung des Gutachterbüros ORGAKOM und stimmt die Vorschläge in einem aufwändigen, transparenten Verfahren mit seinen kreisangehörigen Kommunen und allen verantwortlichen Beteiligten und mit den Krankenkassen als maßgebliche Kostenträger ab. Hierzu gehören z. B. die neuen Rettungswachenstandorte in Hamminkeln und Voerde, die Frage der nächtlichen Notarztsysteme in Rheinberg und Xanten aber auch die Anschaffung zusätzlicher Rettungsfahrzeuge u. v. a. m.

Landesplanerische Beteiligungsverfahren

Auch mit unseren Anträgen zur Stellungnahme zum **Landesentwicklungsplan** im Zuge des Beteiligungsverfahrens 2018 konnte die Fraktion in allen wesentlichen Punkten Mehrheiten im KT erringen.

In den für die zukünftige Entwicklung des Kreises wesentlichen Bereichen **Planung** und **Wirtschaft**, incl. Kreisbeteiligungen, konnten sich bereits im Entscheidungsvorfeld in praktisch allen wesentlichen Belangen die beiden großen Fraktionen SPD und CDU auf eine gemeinsame Linie einigen. Diese Kontinuität beizubehalten ist wichtig für die nötige Planungssicherheit im Kreis und soll von der SPD-Fraktion auch weiter so sichergestellt werden. Hier geht es darum, elementare Kreisinteressen wie **wirtschaftliche Entwicklung**, **Neuansiedlung von Betrieben** und **Arbeitsplätze** konsequent zu vertreten und nicht um politische Scharmützel, die der Sache nicht dienen.

Gleiches galt für das in 2019 umfangreiche Beteiligungsverfahren zum Entwurf des Regionalplans Ruhr, der die Vorgaben des Landesentwicklungsplans zu erfüllen hat.

Dabei ist in dem Zusammenhang das Thema *Auskiesungen* für die Menschen am Niederrhein von besonderer Bedeutung.

Ein überparteiliches Bündnis aus kommunalen Spitzenvertretern von SPD und CDU im Kreis Wesel hat daher ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben.

Der renommierte Univ.-Prof. Dr. Martin Kment kommt in seinem Gutachten zu der Einschätzung, dass die Bedarfsermittlung für zukünftig benötigte Rohstoffe von der Landesregierung nicht ordnungsgemäß ermittelt wurde und der Bedarfsbegriff sich rein an den Forderungen der Kiesindustrie orientiert. Die fehlerhaften und rechtswidrigen Zielvorgaben im LEP würden zu ebenfalls fehlerhaften und rechtswidrigen Darstellungen im künftigen Regionalplan Ruhr führen.

Im Kern geht es darum, in welchem Umfang etwaige Abgrabungsflächen zur nachhaltigen Rohstoffsicherung u. a. im Kreis Wesel ausgewiesen werden müssen.

Hochwasserschutz an der Issel

Wie dringend notwendig dieser Hochwasserschutz ist, zeigte sich im Sommer 2016, als der Kreis Wesel gleich zweimal von sog. Starkregenereignissen betroffen war. Das statistisch nur alle 100 Jahre zu erwartende Hochwasserszenario hat sich binnen eines Monats wiederholt. Die Hochwasserschäden in der Region waren erheblich und machte die Lücken im Hochwasser- als auch Katastrophenschutz sichtbar.

Das Isselauen-Konzept zum Hochwasserschutz ist über Jahrzehnte von den zuständigen Verbänden nicht umgesetzt worden.

Der Hochwasserschutz entlang der Issel soll nun einem kommunalen Zweckverband übertragen werden, der dazu auch fachlich und personell in der Lage. Dabei ist zwischen den Anrainerkommunen, den Verbänden und den zuständigen Landesbehörden die Finanzierung und die Schwerpunkte des Hochwasserschutzes zu klären.

Der Entwurf des Zweckverbands liegt vor und wird derzeit in den Räten der Anrainerkommunen abgestimmt.

- **Breitbandausbau**

Der Kreis Wesel hat im Herbst 2017 für die Städte und Gemeinden Dinslaken, Voerde, Wesel sowie Alpen, Sonsbeck und Xanten gemeinsame Förderanträge auf Bundes- und Landesmittel für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur gestellt, um zeitnah eine flächendeckende schnelle Internetverbindung im Kreis Wesel zu realisieren. Gerade die Außenbereiche und ländlichen Gebiete hatten wegen fehlender Wirtschaftlichkeit bislang keine Chance an die Anbindung an ein leistungsstarkes Internet. Damit würden die Außenbereiche und ländlichen Gebiete massiv an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Die bisherigen Ausschreibungsergebnisse lassen erwarten, dass es für den ländlichen Raum nun eine verlässliche Perspektive gibt. Der beharrliche Einsatz für eine Verbesserung der digitalen Infrastruktur im Kreis scheint sich auszuzahlen.

- ***Aus den Beteiligungen des Kreises Wesel***

Die wirtschaftliche Entwicklung der DeltaPort-Häfen im Lippe-Mündungsraum schreitet voran - davon konnte sich die SPD-Kreistagsfraktion bei einer Besichtigung vor Ort überzeugen.

Mit der 2012 gegründeten **Hafengesellschaft Delta Port** hat der Kreis Wesel einen wertvollen Standortvorteil für die Ansiedlung neuer, hafennaher Unternehmen und Logistik-Dienstleistern realisiert. Diese Entwicklung hat einen unmittelbaren positiven Einfluss auf den lokalen Arbeitsmarkt und auf die kommunalen Finanzen.

Als besonders zukunftsweisend sei hier das neue Projekt „EcoPort 813“ genannt. Das Herzstück des Projekts ist eine Energiezentrale mit Wärmerückgewinnung. Überschüssige Wärme aus der Aluminiumherstellung wird wiederverwendet, z. B. umgewandelt in Kälte für Kühllogistik-Unternehmen oder in Form von Wärmeenergie, die die Produktionsstätten anderer im Hafengebiet angesiedelter Unternehmen beheizen.

Das war der entscheidende Ausschlag für die Ansiedlung eines in Deutschland führenden Tiefkühllogistikunternehmens im Hafen Emmelsum. Es ist zudem ein Beispiel, das aufzeigt, dass Klimaschutz und Wirtschaftsförderung nicht im Widerspruch zueinander stehen.

Um die Region als Logistikstandort und seine Vorteile noch besser zu vermarkten, haben die DeltaPort, der NIAG-Hafen Rheinberg Orsoy und die Port Emmerich GmbH ihre Kräfte in einer gemeinsamen Gesellschaft DeltaPort Niederrheinhäfen GmbH gebündelt.

Der Kreis Wesel hat die Moerser und Kamp-Lintforter Gesellschaftsanteile übernommen und ist damit Mehrheitseigner an der **Grafschaft Moers Siedlungs- und Wohnungsbau GmbH**. Die SPD sieht als besonderen Aufgabenschwerpunkt der Gesellschaft, kostengünstigen Mietwohnraum speziell für Normal- und Geringverdiener zu schaffen. Die Nachfrage bzw. der Bedarf übersteigen das Angebot deutlich. Die Situation wird sich mittelfristig im Kreis Wesel durch auslaufende Mietpreisbindungen geförderter Wohnungen weiter verschärfen. Wir wollen, dass insbesondere kleinere kreisangehörige Kommunen ohne eigene Baugesellschaft über eine Beteiligung an der Gesellschaft Einfluss auf den Mietwohnungsbau vor Ort erlangen können.

Alle Anträge und Initiativen der SPD-Kreistagsfraktion Wesel unter unserer neugestalteten homepage www.spd-kreis-wesel.de.



Gerd Drüten
Vorsitzender